

Antrag 1/I/2022
SPD-Landesvorstand Brandenburg

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Mit Verlässlichkeit durch schwierige Zeiten

1 Der völkerrechtswidrige An-
2 griffskrieg Russlands gegen die
3 Ukraine hat die europäische
4 Friedensordnung von Grund
5 auf verändert. Es schien un-
6 vorstellbar, dass es in Europa
7 noch einmal einen Krieg gibt, bei
8 dem ein Land seinen Nachbarn
9 brutal überfällt, um eine gewalt-
10 same Verschiebung der Grenzen
11 herbeizuführen.

12 Die entschlossene Reaktion
13 Deutschlands und der Europäi-
14 schen Union insgesamt war und
15 bleibt richtig. Der endgültige
16 und einseitige Bruch der auch
17 vertraglich gesicherten europäi-
18 schen Friedensordnung nach
19 dem Kalten Krieg durch Putins
20 Russland machte die umfangrei-
21 chen Sanktionen notwendig. Die
22 völkerrechtswidrige Annexion
23 von Teilen der Ukraine und das
24 Fortführen des brutalen Krieges
25 gegen den friedlichen Nach-
26 barn unterstreichen die weitere
27 Notwendigkeit der Sanktionen.

28 Solidarität und Zusammenhalt
29 sind in diesen Zeiten unabding-
30 bar. Wir sind stolz und dankbar,
31 wie viele Brandenburgerinnen
32 und Brandenburger nach dem
33 24. Februar nicht gezögert ha-
34 ben und Geflüchtete aus der
35 Ukraine unterstützt haben. Weit
36 über 20.000 Ukrainerinnen und
37 Ukrainer haben in Branden-
38 burg Zuflucht gefunden. Über
39 5.000 ukrainische Kinder und
40 Jugendliche besuchen Schulen in
41 Brandenburg. Viele Tonnen Hilfs-
42 güter wurden aus Brandenburg
43 in die Ukraine geschickt.

44 Der Krieg und seine Folgen be-
45 treffen uns aber auch unmittel-
46 bar. Bereits vor dem 24. Februar
47 2022 stiegen die Energiepreise
48 in Europa deutlich, auch durch
49 die gezielte Verknappung der
50 Energieversorgung durch Russ-
51 land. Bis heute hat sich die Lage
52 dramatisch verschärft. Mit ent-
53 schiedenen Maßnahmen konnte
54 die Energieversorgung von
55 Russland unabhängig gemacht
56 werden. Besonders betroffen
57 sind wir in Brandenburg mit der
58 Raffinerie PCK in Schwedt. Durch
59 die nationale Sanktionierung
60 von russischem Pipeline-Öl sind
61 hier erhebliche Maßnahmen

62 notwendig.

63 Die stark gestiegenen Preise bei
64 Gas und Strom machen es erfor-
65 derlich, mit klaren Maßnahmen
66 in das Marktgeschehen einzu-
67 greifen. Das Angebot an Energie
68 muss unabhängig vom Ausland
69 so weit wie möglich erhöht wer-
70 den. Bürgerinnen und Bürger wie
71 auch viele Unternehmen müssen
72 mit Gas- und Strompreisdeckeln
73 in ihrer Existenz geschützt wer-
74 den. Mit finanziellen Hilfen muss
75 denjenigen geholfen werden, die
76 steigende Preise bei Lebensmit-
77 teln und der Grundversorgung
78 insgesamt in der Haushaltskas-
79 se nicht ausgleichen können. Hier
80 bei uns in Ostdeutschland betrifft
81 das große Teile der Bevölkerung.
82 Es wurden mit den Entlastungs-
83 paketen bisher 95 Milliarden Eu-
84 ro bereitgestellt, um Bürgerinnen
85 und Bürger, wie auch Unterneh-
86 men bei der Bewältigung der En-
87 ergiekrise samt hoher Inflation zu
88 unterstützen.

89 • Beschäftigte, Selbststän-
90 dige, Rentnerinnen und
91 Rentner, Studierende,
92 Auszubildende und Bürge-
93 rinnen und Bürger, die auf
94 staatliche Leistungen ange-
95 wiesen sind, erhielten und

- 96 erhalten Einmalzahlungen.
- 97 • Das Kindergeld steigt um
98 8% (18 Euro) und der
99 Kinderzuschlag steigt im
100 Höchstsatz um 9% (20
101 Euro).
- 102 • Das Wohngeld wird zum
103 1.1.2023 verdoppelt und die
104 Zahl der berechtigten Haus-
105 halte verdreifacht. Künftig
106 können so 2 Millionen Haus-
107 halte mit kleinem Einkom-
108 men bei den Wohnkosten
109 unterstützt werden.
- 110 • Das Bürgergeld wird ein-
111 geführt. Damit steigt die
112 Grundsicherung um über
113 10%.
- 114 • Rentenbeiträge werden
115 vollständig von der Steuer
116 abgesetzt und der Steu-
117 erverlauf und Freibeträge
118 zur Vermeidung der kalten
119 Progression angepasst.
- 120 • Kleine Einkommen werden
121 durch eine Ausweitung der
122 der Midi-Job-Zone von Sozi-
123 alabgaben entlastet.
- 124 • Mieterinnen und Mieter, die
125 Betriebskosten nicht sofort
126 zahlen können, werden bes-
127 ser geschützt.
- 128 • Die EEG-Umlage wurde zum
129 1. Juli 2022 abgeschafft und

130 der CO2-Preis wird 2023
131 nicht erhöht.

132 • Im Juni, Juli und August 2022
133 galt der Tankrabatt, öffent-
134 liche Verkehrsmittel konn-
135 ten für 9 Euro im Monat ge-
136 nutzt werden und die Pend-
137 lerpauschale wurde erhöht.

138 Unabhängig von der Energiekrise
139 und hoher Inflation werden die
140 Bürgerinnen und Bürger durch
141 sozialdemokratische Politik ent-
142 lastet bzw. unterstützt:

143 • Zum 1. Juli 2022 wurden die
144 Renten in Ostdeutschland
145 um 6,12 % erhöht. In Bran-
146 denburg profitieren davon
147 über 800.000 Rentnerinnen
148 und Rentner.

149 • Seit 1. Oktober beträgt der
150 Mindestlohn 12 Euro die
151 Stunde. Ein Drittel der Be-
152 schäftigten in Brandenburg
153 erhält dadurch im Vergleich
154 zu 2021 bis zu 20 % mehr
155 Lohn.

156 • Seit 1. Januar gilt eine Min-
157 destausbildungsvergütung
158 und zum aktuellen Semes-
159 ter wurde das BAföG im
160 Höchstsatz um 8,4% erhöht
161 und die Freibeträge um
162 20% erhöht.

163 • Bereits seit 2021 zahlen

164 über 90% der Steuerzah-
165 lerinnen und -zahler in
166 Brandenburg keinen Soli-
167 daritätszuschlag mehr und
168 werden dadurch um bis zu
169 1.000 Euro im Jahr entlastet.
170 • Zum 1. Januar 2023 wird die
171 CO2-Bepreisung bei den
172 Heizkosten in Abhängigkeit
173 des Energieverbrauchs zwi-
174 schen Vermietenden und
175 Mietenden aufgeteilt, statt
176 nur von letzteren getragen
177 werden zu müssen.

178 Diese Maßnahmen sollten die Le-
179 benssituation vieler Bürgerinnen
180 und Bürger verbessern. Wir wis-
181 sen, dass das jetzt nicht passiert,
182 sondern sie aufgrund der hohen
183 Inflation nur dabei helfen, mit
184 der schwierigen Situation umzu-
185 gehen.

186 Gerade in Ostdeutschland ist die
187 Lage für viele besonders schwer-
188 wiegend. Das Durchschnittsein-
189 kommen und die angesparten
190 Rücklagen sind hier deutlich ge-
191 ringer als in Westdeutschland.
192 Die Preise steigen aber eben-
193 so stark wie im Rest des Lan-
194 des. Große Teile der Bevölke-
195 rung spüren die Preisanstiege un-
196 mittelbar. Schon bisher waren
197 die Strompreise in Ostdeutsch-

198 land höher. Die Netzentgelte in
199 Deutschland müssen endlich ge-
200 recht verteilt werden. Länder mit
201 einem hohen Ausbaustand er-
202 neuerbarer Energien dürfen nicht
203 länger benachteiligt werden.

204 Die Entscheidung für ein nationa-
205 les Embargo von Pipeline-Öl hat
206 direkte Auswirkungen auf die En-
207 ergiesicherheit in Brandenburg
208 und damit auf die Stimmung im
209 Land.

210 Für die SPD Brandenburg steht
211 fest, dass die gemachten Zusagen
212 eingehalten und weitere Maß-
213 nahmen ergriffen werden müs-
214 sen:

215 • **200-Milliarden-Euro-**
216 **Abwehrschirm - Preis-**
217 **bremsen für Strom, Gas**
218 **und Wärme**

219 Mit dem 200-Milliarden-Euro-
220 Abwehrschirm als Sonderver-
221 mögen des Bundes und der
222 Abschöpfung von Zufallsgewin-
223 nen stehen die Mittel für eine
224 Senkung der Preise bei Strom,
225 Gas und Wärme bereit. Diese
226 Preisbremsen müssen schnellst-
227 möglich umgesetzt werden.
228 Bürgerinnen und Bürger sowie
229 kleine und mittlere Unterneh-
230 men müssen wissen, auf welche
231 Preise sie sich einstellen müssen.

232 Die für die Strompreisbrem-
233 se geplante Abschöpfung von
234 Zufallsgewinnen muss ebenso
235 schnell umgesetzt werden.

236 • **Eine sichere Zukunft für**
237 **PCK-Schwedt**

238 Die Zusagen für die Raffinerie
239 PCK-Schwedt müssen schnell
240 umgesetzt werden. Beschäfti-
241 gungsgarantie, der Ausbau des
242 Rostocker Hafens sowie die
243 Ertüchtigung der Pipeline nach
244 Schwedt sind elementar, um den
245 Standort und der Region eine
246 klare Perspektive zu geben. Mit
247 der Sicherheit über den Erhalt
248 können alle Beteiligten kraftvoll
249 an den Umbau zu Deutschlands
250 erster nachhaltiger Raffinerie
251 gehen. Die Mittel von Land, Bund
252 und EU stehen dafür bereit.

253 • **Betriebe und Unterneh-**
254 **men unterstützen**

255 Die Unterstützungsprogramme
256 des Bundes für Unternehmen
257 müssen deutlich ausgeweitet
258 werden. Sie dürfen nicht nur für
259 exportorientierte Unternehmen
260 gelten. Wo Hilfe nötig ist, muss,
261 wie in der Corona-Pandemie,
262 schnell und unbürokratisch un-
263 terstützt werden. Nur so können
264 wir Beschäftigung und Wert-
265 schöpfung am Standort Deutsch-

266 land, vor allem aber auch die
267 Versorgung mit Dienstleistungen
268 und Gütern, sichern. Es ist daher
269 richtig, dass das 200-Milliarden-
270 Euro-Sondervermögen des
271 Bundes auch hierfür genutzt
272 werden kann.

273 • **Zügige Umsetzung aller**
274 **Maßnahmen**

275 Die Hilfsprogramme und Unter-
276 stützungszahlungen des Bundes
277 müssen zügig umgesetzt wer-
278 den. Die Betroffenen sind un-
279 mittelbar mit gestiegenen Kos-
280 ten konfrontiert und haben nach
281 zwei wirtschaftlich schwierigen
282 Corona-Jahren häufig keine Rück-
283 lagen mehr. Es ist wichtig, dabei
284 gezielt gerade untere und middle-
285 re Einkommen zu entlasten.

286 • **Einen Rettungsschirm des**
287 **Landes**

288 Es ist erklärtes Ziel der SPD Bran-
289 denburg, die Folgen der Krise
290 für Unternehmen und wesentli-
291 che gesellschaftliche Bereiche er-
292 gänzend zu den Maßnahmen des
293 Bundes soweit abzumildern, dass
294 sie ihre Arbeit fortführen kön-
295 nen und nicht in der Existenz be-
296 droht sind. Mit der Erklärung der
297 Notlage kann das Land so kre-
298 ditfinanziert dort helfen, wo die
299 Bundesprogramme nicht greifen.

300 Soziale und kulturelle Einrich-
301 tungen und Angebote, öffentli-
302 che Verkehrsunternehmen, Ge-
303 sundheitsversorgung und Stadt-
304 werke gehören zur Grundversor-
305 gung und müssen aufrechterhal-
306 ten werden. Hierbei hat die SPD
307 Brandenburg auch im Blick, dass
308 nicht alle Preissteigerungen in
309 Folge der hohen Inflation einfach
310 an Nutzerinnen und Nutzer wei-
311 tergegeben werden können.

312 • **Alle Kraftwerke ans Netz**

313 Zur Reduzierung der Strom-
314 kosten müssen alle technisch
315 möglichen Kapazitäten zur
316 Stromerzeugung genutzt wer-
317 den. In Brandenburg sind am
318 Standort Jänschwalde daher zwei
319 Kraftwerksblöcke wieder ans
320 Netz gegangen. Wir stehen zum
321 gesetzlich vereinbarten Ausstieg
322 aus der Verstromung von Kohle
323 bis spätestens 2038.

324 • **Erneuerbare Energien**
325 **und Stromnetze zügig**
326 **ausbauen**

327 Der Ausbau der erneuerbaren
328 Energien und der Stromnetze
329 muss beschleunigt werden. Be-
330 reits im Leitantrag des Parteitags
331 2021 sowie im Entschließungs-
332 antrag "Ausbau erneuerbarer
333 Energien deutlich steigern und

334 Akzeptanz erhöhen“ im Landtag
335 (DS 7-5546-B) wurden die dafür
336 notwendigen Schlussfolgerun-
337 gen und Schritte aufgezeigt:

338 • Es braucht eine möglichst
339 weitgehende eigenstän-
340 dige Energieversorgung
341 Deutschlands, um un-
342 abhängig von globalen
343 Preisentwicklungen zu
344 sein und um die politische
345 Erpressbarkeit durch en-
346 ergieliefernde Länder zu
347 vermindern.

348 • Die Kapazitäten zur Strom-
349 erzeugung aus erneuerba-
350 ren Energien müssen für
351 den Ausstieg aus fossilen
352 Energieträgern Kohle, Gas
353 und Öl massiv ausgebaut
354 werden. Hierbei müssen
355 alle Bundesländer ihren
356 Anteil leisten. Auch das
357 Land Brandenburg erhöht
358 seine Ausbauziele und
359 unterstützt die länderspezi-
360 fischen Flächenziele für den
361 Ausbau von Windenergie
362 an Land. Auch Landschafts-
363 schutzgebiete werden für
364 den Ausbau erneuerbarer
365 Energien genutzt.

366 • Als Teil einer Ausbauoffen-
367 sive zur Nutzung von Solar-

368 energie wird die Installati-
369 on auf geeigneten öffentli-
370 chen und gewerblichen Flä-
371 chen verpflichtend.

372 • Alle Hemmnisse der Nut-
373 zung regional erzeugter
374 erneuerbarer Energien
375 müssen abgebaut werden,
376 damit Unternehmen und
377 Kommunen schneller auf
378 sie umsteigen können. Die
379 Regeln für den Auf- und
380 Ausbau von Anlagen zur
381 Nutzung erneuerbarer En-
382 ergien für den Eigenbedarf
383 müssen radikal vereinfacht
384 werden.

385 • Der Mehrwert des Ausbaus
386 erneuerbarer Energien
387 muss für die Menschen
388 in den Regionen deutlich
389 spürbar sein. Günstigere
390 Energiepreise bei der Nut-
391 zung regional erzeugter
392 erneuerbarer Energien
393 und die direkte Nutzung
394 dieser zum Aufbau von Ar-
395beitsplätzen und damit der
396 Schaffung von Perspektiven
397 für die Menschen schaffen
398 Akzeptanz für den Ausbau.

399 • Energie darf kein Luxusgut
400 werden. Bürgerinnen und
401 Bürger wie auch die Wirt-

402 schaft müssen sich auf be-
403 zahlbare Strompreise ver-
404 lassen können.

405 • Die Zusagen des Struktur-
406 stärkungsgesetzes müssen
407 eingehalten werden. Die
408 Maßnahmen zur Schaffung
409 neuer Wertschöpfungs-
410 ketten schnellstmöglich
411 umgesetzt werden.

412 • Speichertechnologien müs-
413 sen weiterentwickelt und ei-
414 ne regionale Wasserstoff-
415 wirtschaft aufgebaut wer-
416 den. Wasserstoff ist durch
417 die vielfältige Nutzbarkeit
418 auch Schlüsselement für
419 die Sektorenkopplung.

420 • Es braucht unterschiedliche
421 Schritte zur Planungsbe-
422 schleunigung.

423 Mit dem Haushaltsentwurf
424 2023/2024 stehen erneut mehr
425 Stellen für die Planungsbehörden
426 des Landes bereit. Landesberg-
427 bauamt und Landesamt für
428 Umwelt erhalten deutlich mehr
429 Personal, um Verfahren schnel-
430 ler bearbeiten zu können. Mit
431 dem Pakt zur Planungsbeschleu-
432 nigung zwischen Bund und
433 Ländern werden weitere Schritte
434 folgen.

435 Auch landesrechtliche Regelun-

436 gen müssen angepasst werden,
437 um Genehmigungsverfahren für
438 den Ausbau erneuerbarer Energi-
439 en zu vereinfachen und beschleu-
440 nigen. Wir werden durch eine No-
441 vellierung des Denkmalschutzge-
442 setzes und die Anpassung un-
443 tergesetzlicher Regelungen dafür
444 sorgen, dass der Denkmalschutz
445 nicht als Ausbau-Bremse der Er-
446 neuerbaren missbraucht werden
447 kann.

448 Die Umsetzung der Wasserstoff-
449 strategie des Landes für den
450 Aufbau einer regionalen Was-
451 serstoffwirtschaft gilt es zu be-
452 schleunigen.

453

454 **Mit Verlässlichkeit durch**
455 **schwierige Zeiten**

456 Mit all diesen Maßnahmen
457 wird es gelingen, unser Land
458 zusammenzuhalten und ge-
459 meinsam durch diese schwere
460 Zeit zu kommen. Niemand wird
461 allein gelassen. Bei all den Un-
462 wägbarkeiten stehen wir mit
463 Verlässlichkeit an der Seite der
464 Bürgerinnen und Bürger, der
465 Betriebe und Unternehmen, der
466 Vereine und Verbände. Wir ste-
467 hen an der Seite aller, die unser
468 Land und unsere Gesellschaft
469 stark machen. Damit treten wir

470 entschieden all jenen entgegen,
471 die versuchen von der Krise
472 politisch zu profitieren.

473 Es ist eine schwierige Zeit, in der
474 einfache Antworten zumeist nicht
475 die Richtigen sind. Alle Demokra-
476 tinnen und Demokraten tragen
477 eine besondere Verantwortung.
478 Egal ob in Regierung oder Op-
479 position, ob in Verwaltung oder
480 Verein, überall gilt es die berech-
481 tigten Sorgen der Bürgerinnen
482 und Bürger aufzunehmen und im
483 demokratischen Diskurs gemein-
484 sam zu Lösungen zu kommen.